

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP am 27.2.10 in Magdeburg

Tagesordnung:

1. Vorstellung
2. Bundesverfassungsgerichtsurteil und Aktivitäten
3. Gegen die Krise
4. Weitere Aktivitäten
5. Verschiedenes

1. Vorstellungsrunde: An dem Treffen nahmen fast 50 Personen aus Aschersleben, Berlin, Braunschweig, Dieskau, Dresden, Erfurt, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hohenmölsen, Karlsruhe, Langendorf, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Potsdam, Schönebeck, Weißenfels und Wittenberg teil.

Darunter Aktive aus Erwerbslosen- und anderen Initiativen und Vereinen an ihrem Ort, von Montagsdemonstrationen, von Gewerkschaftsgliederungen, Gliederungen der Linken und Elke Reinke (ehemalige MdB und Bundestagskandidatin der Linken aus Aschersleben) und Peter Grottian (wissenschaftlicher Berater des ABSP).

Das bundesweite Treffen begann um ca. 12:30 Uhr, nach dem ersten Teil, dem Treffen des Bündnisses Soziale Bewegung Sachsen-Anhalt (siehe Protokoll von Tommi Sander aus Aschersleben) und einer Darbietung des Satirikers Gunner Schade, der einige Erscheinungen der bisherigen Krisenpolitik gekonnt auf die Schippe genommen hat.

Die Moderation des folgenden Parts übernahmen Michael Wengorz (aus Halle/Saale) und Helmut Woda (aus Karlsruhe).

Protokoll: Edgar Schu (Göttingen)

2. Bundesverfassungsgerichtsurteil und Aktivitäten

Zusammenfassung des BVerfG-Urteils durch die Moderation.

Resultierendes Fazit: Das Gericht spricht zwar von Verfassungswidrigkeit, nennt aber den Eckregelsatz "nicht evident unzureichend". Ebenso nennt es die Kinderregelsätze, nicht nur die aktuellen, sondern auch diejenigen, die nach Streichung des Wachstumsbedarfs für Kinder zwischen 7 und 13 Jahren resultierten, "nicht evident unzureichend".

Zugespitztes Fazit nach dieser Zusammenfassung: Offensichtlich empfehle das Gericht der Regierung ein besseres Marketing, die Regelsätze, sowohl der Eckregelsatz als auch die Regelsätze der Kinder, könnten aber sogar gesenkt werden.

Danach Diskussion. Stellungnahmen in der Richtung, dass man das Urteil nicht zu sehr schwarz malen sollte. (Bei einzelnen Statements steht der Herkunftsort der jeweiligen Person, die einen Beitrag geleistet hat. Das soll aber nicht den Anschein erwecken, dass es sich automatisch um Gruppenpositionen der jeweiligen Initiativen handelt.)

Argumente für eine positive Nutzung des Urteils des BVerfG:

- Weißenfels: Es gibt verschiedene Berechnungen, die den Vorgaben des BVerfG-Urteils folgen und auf dieser Grundlage sogar Summen bis zu 685 Euro Eckregelsatz ergeben.
- Leipzig: Die Kläger, die eine Befassung des BVerfG mit den Regelsätzen erzwungen haben und jetzt vom Urteil enttäuscht sind, sollten nicht im Stich gelassen werden.
- Das Gericht hat das Sozialstaatsgebot eingefordert.

Argumente dafür, nicht zuviel Hoffnung in das Gerichtsurteil zu stecken:

- Wittenberg: Die Angriffe von Westerwelle, Koch und Wirtschaftsverbänden, die durch die Medien kampagnenartig aufgebaut werden, zeigen, dass die Regierung die Regelsätze herunterrechnen will.
- Wittenberg: Offensichtlich entsprechen Regelsatzsenkungen dem Wunsch der Banken. Hinweis auf Wirtschaftskrise.
- Viele Stellungnahmen: "Gemeinsam mit einem höheren Eckregelsatz sollte ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro gefordert werden."
- Magdeburg: Das Gericht will mit seinem scheinbar (!) zugunsten der Betroffenen formulierten Urteil die Bewegung ruhig stellen.

- Göttingen: Das, was das Gericht als verfassungswidrig bezeichnet, konkretisiert es in seinem Urteil anhand von verschiedenen Posten, die entweder seit der EVS 2003 obsolet sind, oder sich lediglich auf geringe Beträge beziehen. Durch die Anerkennung der EVS als Berechnungsgrundlage für die Höhe des Eckregelsatzes rechtfertigt das Gericht in der Konsequenz Kürzungen sowohl beim Eckregelsatz als auch bei den Kinderregelsätzen.
- Wittenberg: Wir sollten unsere eigenen Forderungen nach vorne stellen. Einzelne Posten beziffern und einfordern.

Unstrittig:

Alle Anwesenden sind sich einig, dass das Gericht sagt, dass kein höherer Regelsatz gezahlt werden MUSS.

Das Gericht hat der Bundesregierung die Anwendung einer transparenten Ermittlung der Regelsatzhöhe bis zum Jahresende aufgegeben, so dass klar ist, dass das Hartz IV System verändert wird, aber wie? Diese Gelegenheit, dass Hartz IV neu aufgestellt wird, werden sich Kürzungsfanatiker nicht entgehen lassen wollen.

Peter Grottian weist darauf hin, dass das Gericht zwar die Bewegung für höhere Regelsätze mit seinem Urteil nicht gestärkt hat aber sich doch gewisse positive Anteile an dem Urteil, gewissermaßen "Schleifchen", finden:

- Gericht hat eine zu definierende Bedarfsgruppe "laufende atypische Bedarfe" zusätzlich zu Regelsatzleistungen eingefordert,
- für Alg-II-Empfänger, welche bestimmte Medikamente regelmäßig benötigen, wird die Anerkennung dieser Bedarfe eine wichtige Erleichterung sein (ca. 600.000 Menschen!),
- das Gericht habe eine Überprüfung der Leistungen für Kinder, besonders im Bildungsbereich, eingefordert.

Aber Braunschweig: Das Tafelwesen wird weiter ausgebaut, nach Essenstafeln und Kleiderkammern nun auch Medikamententafeln.

Viele Stellungnahmen in der Richtung, dass für die politische Arbeit der Erwerbslosenbewegung andere Betroffenenengruppen "mit ins Boot" geholt werden müssen.

Zum Abschluss der Diskussion über das Urteil wird vereinbart, dass die Stellungnahme von Rainer Roth zum Urteil, aus welcher viele Informationen für den Input der Moderation entnommen sind, mit dem Protokoll an den bundesweiten Verteiler gehen soll:

<http://www.500-euro-eckregelsatz.de/13-2010021377.html>

Aktivitäten:

Peter Grottian schlägt vor, dass im Oktober, wenn voraussichtlich im Rahmen der Diskussion über einen krisenbedingten Sparhaushalt eine Hartz-IV-Debatte stattfinden wird und Veränderungen bei Hartz IV unmittelbar anstehen werden, verschiedene Aktionen stattfinden sollten, u.a. eine demonstrative Arbeitsniederlegung von Mitgliedern des Bundestags (positiver Bezug auf die entschlossene und spektakuläre Aktion der Linksfraktion gegen die Fortführung der Beteiligung Deutschlands am Afghanistankrieg).

Rückblick auf Aktionstage um den 9. Februar

Leipzig: Aktionstag zum Wiederaufleben des lokalen Bündnisses genutzt. Soziale Proteste gemeinsam mit der Linken (Infomobil). AG Soziale Politik als Bindeglied zwischen den Akteuren. Ankündigung in der Presse.

Aschersleben: Aktion gemeinsam mit der Gewerkschaft. Flugblattverteilung und Unterschriftenlisten für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn. Leider geringes Medienecho. Elke Reinke beklagt die geringe Teilnahme an der Aktion in ASL vor der ARGE. Es bleibe natürlich dennoch nichts übrig, als weiter zu kämpfen.

Karlsruhe: Angesichts der Vorbereitungen von Aktionen für den 9. Februar ist in Karlsruhe ein breites Bündnis zusammen gekommen.

Braunschweig: Leider keine Beteiligung möglich gewesen. Man ist aber vor Ort aktiv und dabei, neue Strukturen aufzubauen.

Potsdam: Eine einzelne Person hat sich an der Aktion beteiligt, hat Flugblätter der Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz verteilt und Unterschriften gesammelt und ist mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen.

Übergang zu Tagesordnungspunkten 3. und 4. (gegen die Krise, weitere Aktivitäten)

Fürstenwalde: Am 9. März findet Treffen in Berlin statt, um über Demonstration am 12. Juni ("Wir zahlen nicht für eure Krise!") zu sprechen.

Magdeburg: Die Verbindung von Krieg und Sozialem sollte verdeutlicht werden. Ostermarsch am 4. April.

Weißenfels: Es sollte auch das "Sommerloch" für Aktivitäten genutzt werden.

Halle: Verschiedene Arbeitszwangsprojekte, teilweise nach holländischem Vorbild, drohen im Rahmen von Kommunalisierung. Eine Grundgesetzänderung, die auch die SPD klammheimlich mit ermöglichen würde, würde den Weg dazu frei machen.

Karlsruhe: Die Studierenden planen im zeitlichen Umfeld des 12. Juni Aktionstage.

Potsdam: Bericht von der Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgerichtet worden war und an der Vertreter von Sozialverbänden, Erwerbslosengruppen und anderen Akteuren teilnahmen. Auch dort gab es Hinweise, dass viele Sozialtransfair-Leistungen, besonders für Kinder, durch Sachleistungen ersetzt werden sollen. Ausführlicher Bericht wird noch schriftlich zur Verfügung gestellt.

Aschersleben: Es sollten dezentrale Aktionen gemacht werden, auch da, wo die Parteienvertreter sind.

Als überregionale Schwerpunkte stellten sich heraus:

- eine angekündigte Grundgesetzänderung zur Reform der Jobcenter,
- die Demonstration am 12. Juni (und natürlich der 20. März in Essen)
- die vorgeschlagenen Aktivitäten im Oktober,

die auch für eine Verstärkung der Arbeit mit der Bündnisplattform 500-10 genutzt werden können.

Konkretisierungen und Ergänzungen:

Halle: den Kirchentag im Mai für 500-10 nutzen.

Dresden: Im Europäischen Jahr gegen Armut wird der weltweite Tag gegen Armut (17. Oktober) ebenfalls besondere Bedeutung haben. Dafür sind schon verschiedene Aktionen geplant.

Halle: Es ist noch nicht klar, wann ein Modell von verschärftem Arbeitszwang (in Zusammenhang mit der Reform der Jobcenter) eingebracht wird, aber die SPD wird eine Grundgesetzänderung durchwinken. Hier gilt es aufmerksam zu beobachten.

Leipzig: die geduldige jahrelange Aufbauarbeit für Vernetzungen vor Ort trägt jetzt ihre Früchte. Dieses Beispiel kann auch für weitere Orte genutzt werden.

Magdeburg: Die Vernetzung ist sehr gut, sie sollte aber noch ausgebaut werden, weil es immer noch 2 Bündnisse gibt.

Göttingen: Schon bei der Arbeit mit der "Kinderplattform" hat sich gezeigt, wie wichtig geduldiger, hartnäckiger Aufbau ist. Die 500-10-Plattform ist für viele besprochene Themen (Hetze Westerwelle, Koch, Arbeitszwangspläne) immens wichtig, weil sie gleichzeitig auch die Beschäftigten mit einschließt.

Wittenberg: Jeder kann überregionale Verbindungen nutzen, zu Initiativen in anderen Städten. Für Erfahrungsaustausch und evt. gegenseitige Besuche.

Aschersleben: Wie nehmen wir die Massen mit?

Karlsruhe (Moderation): Sowohl in Statement aus Leipzig (Vernetzung vor Ort) als auch in Beitrag aus Göttingen wird deutlich, dass hartnäckige Arbeit zentral wichtig ist.

Göttingen: Der Sozialdemokratie, egal, in welcher Partei sie sich versteckt, sollte man eine Grundgesetzänderung für Jobcenter-Reform nicht sang- und klanglos durchgehen lassen. Vorschlag, dass auch das ABSP - so wie es viele weitere Organisationen schon getan haben - hierzu eine klare Position formuliert. Und unsere Plattform, um gegen sämtliche Angriffe der Hartz-Parteien, der Wirtschaftsverbände und Medien vorzugehen, ist die 500-10-Bündnisplattform.

Terminvereinbarung nächstes bundesweites Treffen:

17. April in Aschersleben (Anmerkung: wahrscheinlich wegen Terminüberschneidungen doch eine Woche später, 24.4.)